

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete im Gesundheitsausschuss des deutschen Bundestages,

am Mittwoch beraten Sie im Gesundheitsausschuss den Antrag der Linksfraktion „Abschaffung der Doppelverbeitragung“.

Der Antrag richtet sich gegen eines der größten sozialen Ungerechtigkeiten in Deutschland.

Wir, die Mitglieder des DVG e.V. und die 6,3 Millionen Direktversicherungsgeschädigten sind Betroffene dieses Unrechts.

Wir fordern Sie auf, dieses Unrecht endlich zu beenden.

Denn es ist Unrecht,  
dass Millionen Arbeitnehmer, die sich rechtzeitig und verantwortungsbewusst über ihren Arbeitgeber für eine persönliche Altersvorsorge entschieden und die während der Ansparphase alle staatlichen Pflichten wie Steuer und Sozialversicherungsbeiträge erfüllt haben, nach der Kapitalauszahlung noch einmal, also doppelt, mit dem Arbeitgeber-, dem Arbeitnehmeranteil und der Pflegeversicherung belastet werden.

*Eine Verbeitragung darf nur einmal anfallen, vorzugsweise in der Einzahlungsphase, ansonsten wird eine persönliche Altersvorsorge zur Farce.  
Sonstige Nachteile, wie dauerhafte Rentenschmälerung, Minderung des Krankengeldes und dauerhafte Niedrigzinsphase sind weitere Sargnägel.*

Denn es ist Unrecht,  
dass diese verantwortungsbewussten Arbeitnehmer doppelt in die Krankenkassen einzahlen müssen, im Vergleich zu den Arbeitnehmern, die nichts für ihre Altersversorgung tun.

Denn es ist Unrecht und Vertrauensbruch,  
dass Direktversicherungsverträge vor dem 01.01.2004 per Gesetz rückwirkend nach der Kapitalauszahlung mit Sozialversicherungsbeiträgen belastet werden.  
Kein Betroffener konnte beim Vertragsabschluss diesen Eingriff des Gesetzgebers erwarten.

Denn es ist Unrecht,  
dass ein gesetzlich versicherter Arbeitnehmer von der Mehrfachverbeitragung betroffen ist und ein privat versicherter Arbeitnehmer für die gleiche Direktversicherung nicht.

Denn es ist Unrecht,  
dass alle Direktversicherungsgeschädigte und die Betriebsrentner in der Berufsphase, in der sie das höchste Einkommen erhalten, vom Arbeitgeber zur Hälfte bei den Sozialversicherungsbeiträgen entlastet werden und als Rentner mit wesentlich geringeren Einnahmen zusätzlich noch den Arbeitgeberanteil zahlen müssen, welches ein Widerspruch ist.

Immer wieder wird vor allem von der CDU/CSU die Beendigung dieses Unrechtes mit dem Argument blockiert:

„Die Kosten seien dafür zu hoch.“

Wir Mitglieder des DVG e.V. sind überzeugt, bei ernsthaftem politischen Willen gibt es sicher bezahlbare Lösungen.

In Ihren Überlegungen bedenken Sie bitte auch die 6,3 Millionen Familien, die direktversicherungsgeschädigt sind. Bis zu 12 Millionen Wähler werden die Parteien blockieren, die sich weiter unfähig erweisen, dieses soziale Unrecht zu beenden.

Als offiziell beim Deutschen Bundestag registrierter Verband, bieten wir Ihnen hiermit ausdrücklich unsere Unterstützung an. Wir möchten den Prozess einer Lösungsfindung aktiv und kooperativ begleiten und Sie auch mit unserem Know-how unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

*Gerhard Kieseheuer*

Bundvorsitzender Direktversicherungsgeschädigte e.V.  
Tel.: +49 (0) 2962 7503377  
E-Mail: [gerhard.kieseheuer@dvg-ev.org](mailto:gerhard.kieseheuer@dvg-ev.org)

Direktversicherungsgeschädigte e.V.  
Buchenweg 6  
59939 Olsberg

[www.dvg-ev.org](http://www.dvg-ev.org)